

Modernisierung Deutschlands und Russlands im 21. Jahrhundert , Umbau der Sozialsysteme und nationale strategische Projekte

Leonid Roketzkij, Vorsitzender des Ausschusses für regionale Selbstverwaltung des Föderationsrates, referierte über das nationale strategische Projekt „erschwinglicher Wohnraum“. Zunächst skizzierte er den Status quo der russischen Wohnsituation seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Anschließend erläuterte er die aktuellen Probleme und konkreten Maßnahmen, um diese zu beseitigen.

Herr Roketzkij wies darauf hin, dass in der Zeit der Sowjetunion alle Wohnungen im Besitz des Staates waren. Lediglich 5% der russischen Wohnfläche befand sich in privater Hand. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion übertrug der russische Staat seine Wohnungen unentgeltlich seinen Bürgern. Ziel sei es gewesen, dass die Nutzer des Wohnungssektors diesen auch finanzieren. So wurden 1992 gemäß den Vorgaben des IWF Wohnraum, Energie und Wasser kostenpflichtig. Heutzutage befänden sich beinahe alle Wohnungen im Privatbesitz. Doch damit seien auch wesentliche Probleme entstanden, so Roketzkij. Da sich der Staat aus der Wohnungsverwaltung zurückgezogen hätte und die Bürger kaum Rücklagen gebildet hätten, sei seit 1990 eine deutliche Verschlechterung der Wohnsituation in Russland festzustellen. Das Bankenwesen funktioniere auch nur rudimentär, so dass die Bürger nicht die Möglichkeit hätten, Kredite für Bauinvestitionen zu tätigen, obwohl diese seitens der Bevölkerung gewünscht werden.

Durch die „Privatisierung der russischen Wohnfläche“ hätte sich auch ein strukturelles Problem ergeben, welches die Verwaltung der Wohnungen betreffe. „Wer verwaltet die Wohnungen und hält sie instand?“ Den Selbstverwaltungen und Wohnbaugesellschaften fehle bisher das Vertrauen der Bevölkerung. Roketzkij kritisierte hier aber auch den russischen Staat, der an dieser Stelle „noch nicht seine Aufgaben erfüllt hat“. Der russische Staat müsse, seiner Ansicht nach, noch aktiver marktwirtschaftliche Strukturen auf dem Wohnungsmarkt aufbauen.

Ein letztes Problem, welches der Referent Roketzkij erörterte, stelle die unübersehbare Verschlechterung der Infrastruktur dar. Es fehle das Geld der öffentlichen Hand für Straßen und Anbindungen für den öffentlichen Verkehr - aber auch für die Instandhaltung der Infrastruktur wie z.B. des Abwassersystems. Seit Anfang der 1990er Jahre wälze die föderale Ebene mehr und mehr Aufgaben auf die kommunale Ebene ab, die sich längst überfordert fühle. So könnten viele wichtige Projekte, wie z.B. der Neubau von Kläranlagen oder auch eine effizientere Nutzung der Wärmezufuhr, nicht realisiert werden. Allerdings sah Roketzkij an diesem Punkt auch Licht am Ende des Tunnels. So verwies er auf die Tendenz, dass sich die private Wirtschaft immer stärker an Projekten der öffentlichen Hand beteilige. So sei beispielsweise die private Beteiligung an der Verbesserung der Wärmezufuhr für die russischen Haushalte von 8% auf derzeit 14% in nur zwei Jahren gestiegen. Neben diesen privaten Beteiligungen setzte der Staat auf junge Familien. Sie sollen bei ihren Bauvorhaben massiv auch von staatlicher Seite unterstützt werden. Ebenso sollen künftig auch andere „Risikogruppen“ wie allein erziehende, kinderreiche Familien und Behinderte davon profitieren.

Das zweite Impulsreferat umfasste das Thema des Gesundheitswesens in Russland. Der Referent **Lew Jakobson**, erster Prorektor der Staatlichen Universität „Höhere Schule für Wirtschaft“, publizierte zur aktuellen Krise des russischen Gesundheitswesens selbst ein Buch, dessen zentrale Thesen er im Folgenden vorstellte.

Anfangs gab Jakobson einen ausführlichen Überblick über die katastrophale Situation im russischen Gesundheitswesen. Aus verschiedenen Gründen sei es „sehr schlecht um die russische Gesundheit bestellt“: So sei die Lebenserwartung in den vergangenen Jahren vor allem bei Männern Besorgnis erregend gesunken. Faktoren wie die Trinksucht, Epidemien aber auch eine schlechte Wohnqualität hätten die Lebenserwartung in Russland immer drastischer beeinträchtigt. Hinzu käme ein bemerkbarer Niedergang in der allgemeinen medizinischen Versorgung. War die medizinische Versorgung in der Sowjetunion in den 1960er Jahren noch mit der in Großbritannien vergleichbar, so sei sie heutzutage in Russland um 2½-mal schlechter als im Königreich.

„Letztlich hängt alles von den finanziellen Ressourcen ab“, so der Ökonom Jakobson. So würden die Deutschen für ihre Gesundheit durchschnittlich 2000 € pro Person im Jahr ausgeben – in Russland betrage der durchschnittliche Wert weniger als 300 €. Während man in Deutschland 9% vom BIP für die Gesundheit aufwenden würde, seien es in Russland gerade 3% des BIP.

Wie aber ist in Russland das Gesundheitswesen organisiert? Der Referent erklärte, dass es bis heute in der russischen Föderation eine staatliche kostenlose Garantie für eine gesundheitliche Versorgung gäbe. Diese sei allerdings auf einem sehr niedrigen Niveau und zudem von Region zu Region unterschiedlich organisiert.

Ein großes Problem des russischen Gesundheitswesens neben der noch immer desolaten Ausstattung der Krankenhäuser, stelle die schlechte Bezahlung des Fachpersonals dar. Zwar habe es in der letzten Zeit durchaus die positive Tendenz gegeben, dass sich das Gehalt beispielsweise einer Krankenschwester von 150 € auf 450 € verdreifacht habe, doch das Problem des Fachkräftemangels bestehe weiterhin.

Eng mit der schlechten Bezahlung des Fachpersonals im Gesundheitswesen ein weiteres Problem verbunden: die vollkommene Durchdringung mit Korruption. So würden schätzungsweise 95% aller Behandlungen auf dem Wege der Korruption vollzogen.

Zum Schluss seiner Ausführungen forderte Jakobson von der Politik „eine zügige Anhebung der Gesundheitsausgaben von 3% auf 4,5% des BIPs innerhalb der nächsten fünf Jahre“. Zudem müsse sich Mehrarbeit und Effizienzsteigerung positiv für einen Arzt bemerkbar machen – was durch eine zusätzliche Prämienbesoldung erreicht werden könne.

An die ersten beiden Reden schloss sich die folgende Diskussion an: Der Dumaabgeordnete Melnikow, Mitglied der Kommunistischen Partei, ergriff aus der Sicht der Opposition das Wort. In seinen Augen könne man reichhaltige Kritik an den nationalen Projekten üben. Er wolle sich auf vier Kernprobleme beschränken. So sei in vielfacher Hinsicht zunächst einmal ein Bürokratieübereifer festzustellen. Im Schulwesen könnten beispielsweise Lehrer ihr Gehalt um 30 € pro Monat aufstocken; es ließen sich allerdings

kaum Lehrer finden, die das tatsächlich tun würden, da sie dafür eine Liste mit 17 Punkten beachten müssten. Zweitens würden in ganz Russland immer mehr kostenpflichtige private Businessschulen entstehen, für die man viel Geld aufwenden müsse. Von Chancengleichheit könne daher nicht die Rede sein. Damit eng verbunden sah Melnikow auch das dritte Problem: Die geringe Zahl an Stipendien und Stiftungsfonds, die zudem die Gelder unzureichend verteilen würden. Als letzten Kritikpunkt nannte Melnikow das groß angekündigte aber halbherzig umgesetzte Projekt: „Schulen ans Netz“. Jede Schule müsse ans Netz. Das sei richtig. Allerdings fehle es an fachlich qualifizierten Lehrern.

Unterm Strich könne er zudem auch keine Gesamtstrategie innerhalb der nationalen Projekte erkennen. Es fehle an einer Idee. Stattdessen habe man nun einen Flickenteppich aus vielen kleinen „Projektchen“, denen es an Bewegung mangle. Die nationalen Projekte seien daher in erster Linie eine PR-Kampagne.

Melnikow hingegen votierte für die Wiedereinführung der Vorschule. Denn sie könne auch helfen, das Demografie-Problem zu lösen. Darüber hinaus müsse auch mehr gegen das „Schwänzen“ unternommen werden. Über 2,5 Mio. Schüler gingen nach offiziellen Schätzungen nicht in die Schule. Daher müsse die Pflichtschulzeit kostenlos sein. Finanziell schwach gestellte Familien müssten eine besondere Förderung vom Staat bekommen. Als weitere Vorschläge auf dem Bildungssektor nannte er die Einführung des Bildungsfernsehens, Programme für das elektronische Lernen und den kostenlosen Zugang zu den Hochschulen.

Zum Thema sozialer Wohnungsbau merkte **Heinz Eggert** bezogen auf die unentgeltliche Übertragung der Wohnungen an, dass man die Menschen auch mit Geschenken überfordern könne. Zudem habe er nach der Wende die Erfahrung gemacht, dass der soziale Wohnungsbau der falsche Weg sei. Der Staat komme günstiger davon, so der Politiker, wenn er für die Miete der Bedürftigen selbst aufkomme, da er so nicht mehr den Verwalter „spielen“ müsse.

Völlig unklar war es Eggert, wo der gesellschaftliche Ansatz bei den strategisch-nationalen Projekten in Russland liege. Er erkenne noch keine

klaren Strukturen. Auch sei ihm nicht verständlich, welche Ebene was regeln würde. Er befürworte die Devise: „Entscheidungen müssen dort gefällt werden, wo sie die Bürger betreffen“.

Der Duma-Abgeordnete Gabdrachmanow äußerte, dass im Moment etwas durch die nationalen Projekte in Russland in Gang gesetzt werde. Es seien insbesondere in der jüngsten Vergangenheit natürlich auch Fehler gemacht worden, aber eins wolle er festhalten: während früher nach der Maxime der Gleichmacherei durch eine einfache Zuteilung gehandelt wurde, müsse nun Verantwortung getragen werden. Bei einem Großteil der Projekte seien bereits heute positive Entwicklungen beobachtbar.

Was die Frage der Kompetenzverteilung im föderalen System beträfe, so sei dies alles genau festgehalten. Kompetenzstreitigkeiten seien so von Anfang an geregelt worden. Das Problem der nationalen Projekte zeige sich nun an einer anderen Stelle. Denn in den meisten Fällen bleibe völlig unklar, woher das Geld für die Projekte stammen solle. Bisher würden beinahe sämtliche finanzielle Mittel aus dem föderalen Topf stammen. Das sei das wirkliche Problem!

Leonid Roketzkij fügte den Ausführungen Gabdrachmanows an, dass die kommunale Selbstverwaltung im föderalen Aufbau Russlands eine entscheidende Rolle spiele. Sie entspräche übrigens der EU-Kommunalcharta und sei nach dem Vorbild Deutschlands konzipiert worden. Daher seien hier die deutschen Erfahrungen von besonderer Bedeutung. Zurzeit seien die Kompetenzen der örtlichen Selbstverwaltung in Russland allerdings geschmälert. 2009 könne sich das mit den neuen Gesetzen ändern.

Jakobson sah die Gefahr der nationalen Projekte darin, dass immer stärker auftretende Probleme auf die anderen Ebenen verlagert würden. U.a. läge das an der großen Zahl dieser Projekten. Man habe einfach zu viele gleichzeitig initiiert. Die Folge sei die immense Zentralisation in Russland.

Staatsminister Bocklet stellte die Frage in den Raum, was privat geleistet werden könne und wo der Staat eingreifen müsse. Was das Universitätsstudium angehe, so könne dies durchaus auch privat geleistet werden, in Form von Studiengebühren. Bisher seien Studenten nur

Konsumenten, sie müssten aber Kunden werden. Die soziale Problematik könne durch Stipendien gelöst werden – die USA mache es Deutschland hier vor.

Zudem machte Bocklet darauf aufmerksam, dass in Bayern die Leistungsanforderungen in den letzten Jahren nicht zurückgeschraubt worden seien. Der so entstandene Wettbewerb zwischen den Ländern sei ein wichtiger Bestandteil des bundesdeutschen föderalen Systems geworden.

In Sachen Kompetenzverteilung sprach sich Bocklet für eine ordentlich praktizierte Subsidiarität aus. Sie sei nicht nur christliche Sozialphilosophie, sondern auch wichtig als Orientierungsmuster.

Zu dem Thema „Stand der Sozialwirtschaftlichen Reformen in Deutschland“ gab Staatsminister a.D. Heinz Eggert, Mitglied des sächsischen Landtags, einen ersten Überblick über die derzeitigen Reformvorhaben in Deutschland. In diesem Zusammenhang skizzierte er zunächst drei grundlegende Entwicklungen, die die Reformvorhaben in Deutschland notwendig machen. Dazu würde zum einen die steigende Staatsverschuldung und die negative demografische Entwicklung und zum anderen das sinkende Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie zählen. Im Anschluss an diesen Überblick stellte er anhand einiger ausgewählter Politikfelder die dringendsten Reformziele vor. Für den Bereich Wirtschaft und Beschäftigung forderte er im Wesentlichen eine Senkung der Lohnnebenkosten und einen flexibleren Arbeitsmarkt. Auch sprach er sich gegen die geplante Erhöhung der Mehrwertsteuer aus, da diese als Konjunkturbremse wirken könne. Als Deutschlands Wachstumsmotor bezeichnete Eggert den Mittelstand. Doch genau der sei in Deutschland einer wettbewerbshemmenden Bürokratie ausgesetzt. So unterlägen deutsche Unternehmen mehr als 20.000 Informationspflichten. Das verursacht jährlich einen Schaden von geschätzten 45 Mrd. € für die Unternehmen.

In der Außen- und Sicherheitspolitik sprach sich Eggert für eine stärkere Zusammenarbeit mit Russland aus. Deutschland, die EU, Russland, aber auch die Vereinigten Staaten seien im Zusammenhang mit den beiden aufstrebenden Ländern China und Indien in den kommenden Jahren vor

enorme Herausforderungen gestellt. „Wollen die Europäische Union und Russland nicht an Gewicht verlieren, müssen sie versuchen, die Zusammenarbeit zu einer gemeinsamen Wertepartnerschaft zu vertiefen.“

Jens Fischer referierte über die sozialpolitischen Reformen in Deutschland am Beispiel der Rentenversicherung. Gleich zu Beginn machte er deutlich, dass der Sozialstaat eine lange Tradition in Deutschland habe. Die Rentenversicherung gehe auf Bismarck aus dem Jahre 1889 zurück. Damals sei sie als konservative Reaktion auf große soziale Umbrüche entstanden. Im Laufe der Jahre habe die Rentenversicherung in Deutschland viele verschiedene Systeme überlebt. Die erste große Rentenreform sei nach dem II. Weltkrieg im Jahre 1957 durchgeführt worden. Das Ergebnis sei ein Umlageverfahren gewesen. Seitdem erwirtschaftete die aktiv arbeitende Bevölkerung die Renten. Dafür benötige man Konstanz, so Fischer.

In den 70er Jahren sei die erste größere Welle an Arbeitslosen in Deutschland entstanden. Um Platz für jüngere Arbeitnehmer zu schaffen, habe die Politik 1972 die flexible Arbeitsgrenze eingeführt.

1999 sei der noch unter Kohl eingeführte demografische Faktor in Kraft getreten.

Heute bestehe die Rentenversicherung aus drei Faktoren: Der gesetzlichen Rente, der betrieblichen Zusatzrente und der privaten Vorsorge. Dabei sei der gesetzliche Anteil vier Mal so hoch wie der private. Dieses impliziere eine Staatsschuld von ca. 6 Billionen €.

Das größte Problem sei in der immer größer klaffenden Schere zwischen der sinkenden Zahl der arbeitenden Bevölkerung und der steigenden Anzahl an Rentenbeziehern verortet. Bisher sei dies eine unlösbare Aufgabe, gab der Referent zu bedenken. Konkret in Zahlen ausgedrückt, stelle sich das Problem wie folgt dar: Wo früher 3 Arbeitnehmer einen Rentner finanziert hätten, seien dies heute gerade noch 1,7. Höhere Beiträge seien so unausweichlich.

In der letzten Konsequenz habe daher die momentane Entwicklung eine einseitige Belastung der öffentlichen Kassen zur Folge. Das Vertrauen der Bevölkerung in die sozialen Sicherungssysteme nehme zusehends ab, was

eine Abwanderung in die Schattenwirtschaft oder Auswanderung bewirken würde.

Der Vorsitzende des Unterausschusses „Globalisierung und Außenwirtschaft“, MdB Erich Fritz, berichtete in seinem Impulsreferat über den Stand der Föderalismusreform in Deutschland. Die Föderalismusreform, so der Abgeordnete, sei „die größte Verfassungsreform seit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes im Jahre 1949“. Insgesamt seien 25 Artikel des Grundgesetzes geändert und damit die Zuständigkeiten zwischen Bund und den Ländern neu zugeschnitten worden. Im Kern ging es bei der Föderalismusreform um eine neue Austarierung zwischen den Gegenpolen Zentralstaat und Territorialstaat.

Fritz bezeichnete die erste Phase der Reform als gelungen. Mit der Neuordnung seien die „Zuständigkeiten im politischen System Deutschlands transparenter und letztlich wieder handlungsfähiger geworden, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können“. Fritz wies darauf hin, dass die gemeinsame Kommission aus Bundestag und Bundesrat bereits 2004 im Wesentlichen drei Ziele der Föderalismusreform erarbeitet habe: die Beseitigung schwerfälliger und langwieriger Handlungs- und Entscheidungshinderungen, eine verbesserte Zuordnung der politischen Verantwortung und eine effizientere Aufgabenerfüllung.

Die Vorteile der Föderalismusreform lägen, so der Referent, auf der Hand: durch die Stärkung des Bundestages in der Bundesgesetzgebung sei das Parlament wieder das wichtigste Organ der Bundesgesetzgebung und eben nicht mehr der Verhandlungsausschuss. Das Vetorecht der Länder sei an vielen Stellen deutlich reduziert worden. Auf einem anderem Politikfeld würden nun jedoch die Länder die bestimmende Rolle übernehmen: in der Bildungspolitik. Dies würde ein mehr an Wettbewerb bedeuten.

Ein weiterer Bereich sei abgeschafft worden – die Rahmengesetzgebung. Aus dem Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung seien Sachverhalte eindeutig dem Bund oder den Ländern zugewiesen worden.

Als eine von vier Kernpunkten der Föderalismusreform erklärte Fritz die Terrorismusbekämpfung. Das Polizeiwesen bleibe grundsätzlich Ländersache. Allerdings sei für die Abwehr des internationalen Terrorismus

in Zukunft das BKA zuständig. Voraussetzung dafür sei, dass eine länderübergreifende Gefahr vorläge.

Fritz resümierte, dass mit der Föderalismusreform der erste Schritt für die große Staatsreform vollzogen worden sei. Die Föderalismusreform sei der zentrale Baustein für die Reform der Deutschland-AG.

In der anschließenden Diskussion wurde deutlich Kritik an der Föderalismusreform geäußert. Harald Leibrecht, Bundestagsabgeordneter der FDP, erläuterte beispielsweise, dass der Länderfinanzausgleich aus seiner Sicht auch hätte reformiert werden müssen. Doch dieses „umstrittene Thema“ habe man bewusst umgangen. Die Schwachstelle sei der Zuschuss der reichen Länder an die nicht so wohlhabenden. Länder wie Bayern oder Baden-Württemberg müssten zu viel zahlen.

Heinz Eggert hingegen vertrat die Meinung, dass die höchste Ebene durchaus für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse sorgen müsse. Im föderalen System Deutschlands sei dies die essenzielle Aufgabe des Bundes. Worüber man allerdings nachdenken müsse, sei eine Novellierung der Verschuldungsgesetze der Länder. Kommunen dürften sich in Deutschland nicht unermesslich verschulden. Die Länder könnten aber in ihren Haushalten walten und schalten wie es ihnen beliebt.

Der Abgeordnete des Berliner Senats Dr. Lehmann-Brauns sprach sich eindeutig für ein mehr an Solidarität beim Länderfinanzausgleich aus. So hätten bestimmte Länder nach dem II. Weltkrieg besonders unter den historischen Gegebenheiten leiden müssen. „In Berlin beispielsweise“, so Lehmann-Brauns, „seien die Schlüsselindustrien nach 1945 aufgrund der Teilung nach München oder Stuttgart abgewandert“. Das mache sich noch heute bemerkbar. Insofern gehöre es zur Sicherung der nationalen Einheit, dass wohlhabendere Länder den finanziell schwächer gestellten helfen.

Der Berliner Landtagsabgeordnete Lehmann-Brauns zeigte weiterhin deutlich sein Missfallen an der aktuellen Schwarzmalerei der Situation in Deutschland. Ihn störe das hier skizzierte Untergangsszenario. Es sei richtig, dass die politischen Reformen nur Millimeter für Millimeter vorankommen würden. Eine Situation der Verelendung habe man in Deutschland aber trotzdem nicht. Dabei verwies er auf die deutschen

Stärken, wie die freie Marktwirtschaft und die Exportindustrie. Die Große Koalition sei eine einmalige Chance, große Reformen anzugehen.

Schuba äußerte sich besorgt über die massive Verschuldung in Deutschland. Das werde in Russland genau beobachtet, da Russland beispielsweise im Jahre 2001 eine Rentenversicherung nach deutschem Vorbild eingeführt habe. Daher würden ihn die möglichen Auswege interessieren, die in der deutschen Debatte angeführt würden.

Zu der Frage, wie die Bevölkerung auf den Weg der Reformen mitgenommen werden könne, antwortete Jens Fischer, dass dies ganz einfach durch Führung geschehen müsse. Vollkommen klar sei weiterhin, dass große Reformen auch zwei oder drei Regierungen das Genick brechen würden. Die Gefahr der Abwahl sei eines der demokratischen Grundprinzipien. Eine Regierung sei nicht nur dazu da, wiedergewählt zu werden. Nein, sie müsse auch Risikobereitschaft zeigen.

Eggert vermisste im Zusammenhang mit der Rentenreform den angelsächsischen Ansatz des Wohnungseigentums. Diese Alternative würde in Deutschland zu sehr unterschätzt. Was die Gesundheitsreform angehe, so störe ihn der große Einfluss der einzelnen Lobbyisten. Überhaupt warnte er vor einem zu starken Fürsorgestaat. In Deutschland habe es der Fürsorgestaat zu verantworten, dass Familienverantwortung und Familienstrukturen zerstört worden seien.

Der Duma-Abgeordnete Mokryj berichtete, dass man auch in Russland an einer neuen Kompetenzverteilung zwischen den einzelnen Subjekten arbeite. Die deutsche Debatte um die Föderalismusreform werde dabei in Russland mit großer Aufmerksamkeit beobachtet. Dabei sei man sich in Russland einig, dass eine zu große Zentralisation der Finanzmittel eine sehr einseitige und subjektive Entscheidungsfindung der obersten Instanz begünstigen würde. Das wirke sich in Russland sehr negativ aus.

Ein anderes Problem seien die unterschiedlichen Wirtschaftsleistungen in den einzelnen Regionen in Russland, sowie die von Region zu Region verschiedenen Lebenshaltungskosten.

Darüber hinaus würden den Kommunen in der letzten Zeit verstärkt Aufgaben und Kompetenzen übertragen, die zum einen unpopulär und zum anderen nur schwer lösbar seien.

Der Minister für Generationen, Familien, Frauen und Integration des Landes Nordrhein-Westfalens **Armin Laschet** (CDU), erläuterte die Situation der Zuwanderung in Deutschland seit dem Wirtschaftswunder bis heute. Anschließend zeigte er Möglichkeiten auf, den demografischen Wandel in Deutschland zu gestalten.

Anfang der 60er Jahre habe man in Westdeutschland Arbeitskräfte benötigt. Man habe daher mit Ländern wie Italien, Spanien, Portugal und vor allem der Türkei Anwerberverträge vereinbart. Die Arbeiter sollten ursprünglich nur für einen bestimmten Zeitraum bleiben. Im deutschen Sprachgebrauch sprach man von Gastarbeitern. Nach der ersten großen Konjunkturkrise in den 70er Jahren habe es ein „Anwerberstopp“ gegeben. Aus den vormaligen betitelten Gastarbeitern seien aber schon längst Mitbürger geworden, die auch fleißig in die Sozialkassen gezahlt hätten.

Eine andere Form der Einwanderung sei in Deutschland jahrelang durch Asyl stattgefunden. Bis 1993 hätte jeder Bewerber das Recht Asyl in Deutschland zu beantragen. Der Antrag sei gestattet worden, wenn der Bewerber nachweisen konnte, dass er in seinem Heimatland verfolgt worden ist. In den 90er Jahren sei ein großer Zustrom durch Bürgerkriegsflüchtlinge aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens zu verzeichnen gewesen.

Zwei zentrale Thesen erläuterte Laschet detailliert: 1. Der demografische Wandel könne in Deutschland nicht durch Zuwanderung abgefangen werden. 2. Die Interessen der älteren Mitbürger würden verstärkt in der Politik Gehör finden.

Der deutschen Gesellschaft attestierte Laschet Integrationsprobleme. Das habe verschiedene Gründe. „Zum einen sei die Einsicht, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist“, noch nicht sehr alt. Zum anderen werde aber auch das Potenzial der Menschen mit Einwanderungshintergrund (immerhin 25% der deutschen Bevölkerung) mangelhaft genutzt. So bereite vor allem und erstaunlicherweise die dritte und vierte Generation der

Menschen mit Einwanderungshintergrund große Probleme. In vielen Städten sei eine Gettoisierung beobachtbar. So beherrsche der größte Teil der Kinder mit Migrationshintergrund zum Zeitpunkt ihrer Einschulung unzureichend oder sogar nur ungenügend die deutsche Sprache. Eingehende Sprachtests könnten diesem Dilemma entgegenwirken, so die Meinung des Ministers.

Neben der gezielten Einwanderung, die in Deutschland derzeit nicht erwähnenswert sei, und einer besseren Integration der Menschen mit Einwanderungshintergrund nannte Laschet ein drittes Instrument, um die demografischen Probleme in naher Zukunft zu gestalten. Die deutsche Gesellschaft müsse sich, so der Minister, darauf einstellen, künftig bis ins hohe Alter hinein zu arbeiten. Auch die Rente ab 67 sei in ferner Zukunft utopisch. Laschet verwies darauf, dass bei vielen Unternehmen bereits ein Denkwechsel stattgefunden hätte. Sie hätten das Potenzial und die Erfahrungen der älteren Arbeitnehmer erkannt.

Als viertes und letztes Instrument zur Gestaltung des demografischen Wandels erwähnte Laschet eine verbesserte Erwerbsquote bei Frauen. Diese sei im Vergleich zu anderen Ländern in Deutschland zu niedrig. Deutschland habe hier Nachholbedarf.

Ildar Gabdrachmanow, Mitglied des Haushalts- und Steuerausschusses der Staatsduma, erläuterte einige Projekte der russischen Regierung. Er stellte klar, dass das demografische Problem bereits heute in Russland akut sei. Vor allem im fernen Osten befürchte er sogar im äußersten Fall Gebietsverluste. Um dem entgegenzusteuern stelle die russische Regierung umgerechnet mehr als 1 Mrd. € an Sonderausgaben zur Verfügung. Diese finanziellen Mittel sollen in erster Linie für eine Erhöhung des Muttergeldes und für eine zusätzliche Geburtsprämie für das zweite Kind in Höhe von 7000 € eingesetzt werden.

Ein anderes Problem sah Gabdrachmanow in der mangelnden Integration von Immigranten. Dieses Problem betreffe vor allem große Zentren wie Sankt Petersburg, Moskau oder Krasnojarsk.

Zufrieden zeigte sich Gabdrachmanow mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Beunruhigend sei lediglich die einseitige Konzentration auf

das Erdölgeschäft. Allein 2005 stammten 50% der russischen Einnahmen aus dem Erdölgeschäft. Daher benötige Russland Hochtechnologien, die in Zukunft durch verschiedene Programme des russischen Staates unterstützt werden sollen. Ansonsten beschränkte Gabor Gaborow die Rolle des russischen Staates auf die Setzung entsprechender Rahmenbedingungen. Zurzeit habe der Ausbau der russischen Infrastruktur Vorrang, da die Transportkosten in Russland immer noch zu hoch seien, wodurch der internationale Wettbewerb maßgeblich behindert würde.

Gaborow betonte die „indikative Rolle“ des Staates. Es sei die Aufgabe des Staates, der Wirtschaft und der Gesellschaft den Weg zu zeigen. Offen sei derzeit die Frage, was mit den enormen Einnahmen aus dem Ölgeschäft geschehen soll.

Sergej Sacharow, Forschungsleiter im Zentrum für Demografie und Integration an der Russischen Akademie der Wissenschaften, sprach zum Thema der Demografie in Russland. Er wies darauf hin, dass dieses Thema in Russland höchste Priorität besitze. Putin selbst habe dazu den Anstoß im Mai 2006 in einer sehr ausführlichen Rede zur Lage der Nation gegeben. Verwundert zeigte sich Sacharow darüber, dass die Demografie-Debatte in Deutschland bereits so offen geführt würde.

Anhand von zahlreichen Foliensätzen zeigte Sacharow die Entwicklung der Bevölkerung in Russland der letzten einhundert Jahre auf. Deutliche Spuren hinterließen die beiden Weltkriege und auch die Hungersnöte. Mit Sorge verwies er auf den Rückgang der Bevölkerung seit Anfang der 1990er Jahre. Erstmals seit 1993 schrumpfte die russische Bevölkerung „trotz Friedenszeiten“, unterstrich Sacharow.

Verantwortlich für diese Entwicklung sei der niedrige „Reproduktionsfaktor“, der in Russland seit 1960 kontinuierlich sinke. Dieser gibt an, wie viele Mädchen auch Mutter werden, also letztlich die Geburtenrate.

Derzeit betrage die Geburtenrate in Russland einen vergleichbaren Wert wie in Deutschland – ca. 1,3.

Beeinträchtigt würde die negative Bevölkerungsentwicklung noch zusätzlich durch die niedrige Lebenserwartung. Sie sei, so der Demografie-Experte, im Jahre 2004 auf dem Stand von vor 100 Jahren gewesen.

Zum Schluss stellte Sacharow drei „Bevölkerungsentwicklungsszenarien“ in Russland vor – ein positives, ein gemäßigtes und ein negatives. In der pessimistischen – aber durchaus realistischen Prognose - würde die Bevölkerung im Jahr 2050 bis auf 127 Mio. Einwohner sinken.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken würden derzeit zwei mögliche Alternativen in Russland diskutiert. Die erste Alternative umfasse eine aktive Familienpolitik des Staates. Zu den infrage kommenden Instrumenten hierfür gehörten Geburtenprämien, Kindergelder, aber auch Darlehen für ein künftiges Studium. Die Sowjetunion habe in diesem Bereich in den 80er Jahren bereits positive Erfahrungen sammeln können.

Die zweite Alternative beinhalte eine gezielte Zuwanderung. Um dem Bevölkerungsrückgang allerdings effektiv entgegenwirken zu können, benötige Russland jährlich eine Zuwanderung von 1,2 Mio. Migranten. Zudem wurde darauf aufmerksam gemacht, dass in Russland immer stärkere nationalistische Kräfte aufkämen, die die Einwanderung populistisch für sich zu nutzen wüssten. Als Beispiel wurde die Partei „Rodina“ genannt.

In der Diskussion wurde offensichtlich, dass nicht nur Russland unter einer andauernden Elitenabwanderung in andere Länder zu leiden hätte, sondern neuerdings auch Deutschland. Für viele Spitzenkräfte sei es lukrativer, in die angelsächsischen oder skandinavischen Länder zu emigrieren. Diese Abwanderung der Hochqualifizierten verursache in Deutschland einen gigantischen volkswirtschaftlichen Schaden.

Mit Nachdruck wurde der Demografie-Experte Sacharow gefragt, welche Rolle seiner Meinung nach Sibirien künftig spielen würde – angesichts der chinesischen Menschenmasse auf der anderen Seite der russischen Grenze. Für viele Russen die Frage des 21. Jahrhunderts. Sacharow erklärte, dass das Problem des Ungleichgewichts im sibirischen Raum in der Tat ein immenses Problem sei. Die dort momentan lebenden illegalen Chinesen stellten zurzeit noch keine nennenswerte Gefahr für Russland dar – ihre

Zahl beziffere sich auf die 100.000. Was die Zukunft angehe, so könne er noch keine konkreten Aussagen machen.

Anfang 2007 wird die Bundesrepublik Deutschland den Vorsitz der G8 und die Ratspräsidentschaft der Europäischen Union übernehmen. **Prof. Gert Weisskirchen**, Mitglied des Bundestags und Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, machte gleich zu Beginn seiner Ausführung auf diese einmalige Konstellation aufmerksam. Während des russischen Vorsitzes der G8 sei Russland gestärkt auf der Weltbühne aufgetreten. In erster Linie sei der Grund für dieses Verhalten im Energiesektor zu finden, so Prof. Weisskirchen. Der Beginn des Jahres sei für die Konsumenten- als auch die Transitländer äußerst brisant gewesen. Die dreigeteilte Interessenkonstellation sei seit Anfang 2006 noch komplizierter geworden.

Dem G8-Vorsitz Russlands stellte der Außenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion ein ambivalentes Zeugnis aus. Als positiv zu bewerten sei „die von Russland offen geführte Diskussion um die HIV-Problematik“. Was Visafragen und auch den Bologna-Prozess betreffe, so hätten die Ambitionen Russlands zu wünschen übrig gelassen.

Letztlich müssten, so Weisskirchen, die Akzente des strategischen Verhältnisses neu ausjustiert werden. Die Europäische Union sei nun am Zug. Sie müsse entscheiden, wie sie Russland in der neuen strategischen Partnerschaft gegenüberreten wolle. Eine neue Grundsatzentscheidung sei nötig. Gleichzeitig warnte er, in Russland könnte erneut ein innerer Wettstreit um die Zukunft der SOC entstehen. Dabei gab Weisskirchen zu bedenken, dass die gemeinsame Schnittmenge zwischen der EU und Russland größer sei als die zwischen China und Russland.

Sobald die EU eine neue Grundsatzentscheidung zu Russland gefunden habe, müsse im Anschluss auch offen „Tacheles geredet“ werden dürfen. Diskussionen um den Zustand der Demokratie, aber auch die Rolle von NGOs dürften dann nicht mehr umgangen werden. Die Energiefrage, so Weisskirchen, werde bereits ein wichtiges Thema im deutschen G8-Vorsitz.

Seinen Schlusspunkt setzte Weisskirchen mit dem Wunsch eines stärkeren Engagements Russlands in der „nördlichen Dimension“. Gemeint war damit die Problematik im baltischen Raum, wo die Gespräche zum Stillstand

gekommen seien. Russland müsse jedoch das Potenzial seiner Exklave Kaliningrad stärker aktivieren. Kaliningrad spiele, so Weisskirchen, eine zentrale strategische Rolle in diesem Raum, es könne vor allem wirtschaftlich als Katalysator fungieren.

Andrej Klimow, Vorsitzender des Unterausschusses für europäische Angelegenheiten der Staatsduma, sprach zum Thema „die Beziehungen der europäischen Union zu Russland“. Direkt zu Beginn seiner Ausführungen legte er großen Wert darauf, dass Niemand denke, Russland möchte in die EU. Das sei falsch. Die Zusammenarbeit erfolge in gegenseitiger Freundschaft. Daher wolle er auch direkt die Dinge ansprechen die ihm, die Russland missfallen. So missfalle es Russland, wenn Abgeordnete des Bundestags eine verbotene Demonstration am Tag des Sieges besuchten (gemeint ist der Abgeordnete der Grünen Partei Beck). Auch rügte er den Import chinesischen Fleisches durch niederländische Firmen nach Russland. Russland habe beschlossen, kein Fleisch aus China zu importieren. Die EU müsse sich, nach Ansicht Klimows, an Russlands Vorgaben halten. Des Weiteren stelle Russland immer häufiger fest, dass die Drogen, die auf dem russischen Markt gehandelt werden, nicht aus Afghanistan stammen, sondern aus den Niederlanden. Zudem sei es für Russen degradierend, für jede Einreise nach Deutschland ein Visum beantragen zu müssen.

Klimow zeigte sich auch sichtlich verwundert über die europäischen Vorbehalte, Russland einen direkten Zugang zum europäischen Markt zu ermöglichen. Vor allem was den Energiemarkt betreffe.

Klimow forderte auch eine neue Stellung der russischen Sprache innerhalb der europäischen Union. Russisch müsse auch Arbeitssprache werden. Derzeit finanziere Russland, dass seine Studenten europäische Sprachen erlernen.

Zudem könne die EU von Russland in Fragen einer vertiefenden Integration von Russland lernen. Russland habe hier bereits enorme Erfahrungen: Russland habe eine einheitliche Sprache, einen einheitlichen Rechtsraum, eine einheitliche Verfassung und eine einheitliche Währung.

Europa müsse auch neue Prioritäten setzen. Folgendes Paradoxon gab er zu bedenken: Die USA gilt als eine westliche Zivilisation, aber nicht als Europa – Russland gehört zu Europa, aber es gilt nicht als eine westliche Zivilisation.

Harald Leibrecht, Mitglied des Bundestags in der FDP-Bundestagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Russischen Parlamentariergruppe ging anfangs seines Vortrags auf das bestehende Partner- und Kooperationsabkommen zwischen der Europäischen Union und Russland ein. Dieses sei immer noch inhaltsleer. Ein Umstand, der zwingend geändert werden müsse.

Der europäischen politischen Klasse hielt Leibrecht vor, dass sie häufig aus einer arroganten Haltung heraus Russland gegenüber auftrete. Vor allem was die europäische Vorstellung zur Demokratie betreffe. Diese Haltung wirke sich negativ auf den Dialog aus und mache ihn unproduktiv.

Ferner wies Leibrecht darauf hin, dass die deutsche Öffentlichkeit ein falsches Russlandbild habe. An dieser Stelle sei mehr Aufklärungsarbeit gefragt.

Im Hinblick auf die „frozen conflicts“, zeigte sich der Abgeordnete Leibrecht besorgt. Sie veranschaulichten, dass Russland und Europa unterschiedliche Interessen hätten.

Zu einer anderen Einschätzung kam Leibrecht in Sachen Iran. Hier sei die Interessenlage der Europäer und der Russen identisch. Daher sei eine enge Kooperation und ein gemeinsames Vorgehen wünschenswert.

Harald Leibrecht schloss seinen Vortrag mit der Bitte an Russland, intensiver die Interessen mittelständischer Unternehmen aus Deutschland zu berücksichtigen, da ihr wirtschaftliches Potenzial nicht zu unterschätzen sei.

Dr. Markus Ingenlath, Bereichsleiter „politische Programme und Analysen“ bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, betonte, dass die russische Seite durch den Regierungswechsel keinen Kurswechsel in der deutschen Russlandpolitik zu befürchten habe. Bundeskanzlerin Merkel sei Russland wichtig. Das Pipeline-Projekt durch die Ostsee sei auch nicht gefährdet.

Verständnis für die russische Position zeigte Ingenlath im Zusammenhang mit den Bestimmungen zum Schutz des geistigen Eigentums. Die Europäische Union könne nicht zu viel von Russland fordern, denn Russland „müsse einen gewaltigen Spagat vollziehen“. Auf der einen Seite wolle Russland die internationalen Vorgaben erfüllen, auf der anderen Seite müsse aber Russland auch an seine Bürger denken, die sich beispielsweise nicht die teure Software für Computer leisten könne.

Zu bedenken gab Ingenlath, dass der Libanon dem deutschen Ratsvorsitz viel Energie abverlangen werde. Russland könne daher nicht erwarten auf der deutschen Prioritätenliste ganz oben zu stehen. Was der deutsche Ratsvorsitz Russland durchaus anbieten könne, sei die Rolle eines Vermittlers zwischen den baltischen Staaten und Russland zu übernehmen.

Wladimir Rasuwajew äußerte sich unerfreut über die öffentliche europäische Meinung über Russland. Sie sei zu einseitig und kritisch. Das Russlandbild in den EU-Staaten müsse geändert werden. Enttäuscht zeigte sich Rasuwajew über die Berichterstattung der ausländischen Journalisten, vor allem der deutschen. Niemand schreibe darüber, dass sich in den letzten 15 Jahren sehr viel in Russland getan habe.

Die Europäische Union müsse auch verstehen, dass sich der Umgang Russlands mit den europäischen Mitgliedsstaaten als sehr schwierig erweise. Russland durchschaue sehr häufig nicht das komplizierte Geflecht der Europäischen Union. „Wer ist wo, wann und wofür verantwortlich?“ laute stets die Frage im Kreml, so Rasuwajew. Der Dialog mit den Vereinigten Staaten oder auch mit China sei in sofern für Russland bei weitem einfacher.

Auf der anderen Seite sei Russland seit 1990 auch egoistischer geworden. Russland habe immer weniger Interesse an der Europäischen Union. Die Menschen in Russland hätten einfach andere Probleme. Was Russland fehle, sei momentan auch eine klare Orientierung. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union hätten sie – sie hätten einen gemeinsamen Mythos, einen gemeinsamen Traum.

In der Abschlussdebatte betonte Leonid Roketzky, Russland sei mehr als ein Rohstoffexporteur. Russland sei auch ein sicherer lukrativer

Absatzmarkt. Was den Demokratisierungsprozess in Russland betreffe, so müsse man mit Russland geduldiger sein. Der Prozess sei ein langwieriger. Doch nie solle man vergessen, dass „wir Russen Demokraten sein wollen“.

Jens Fischer forderte für die Zukunft einen gemeinsamen Tisch von russischen und deutschen Historikern, die eine Zukunftsstrategie aufstellen könnten, ähnlich wie es nach dem II. Weltkrieg zwischen den ehemaligen Erzfeinden Frankreich und Deutschland gemacht worden sei.

Emeljanov unterstütze in seinen abschließenden Worten eine privilegierte Partnerschaft. Mit der russischen Beteiligung bei EADS könnte ein vielversprechender Anfang vollzogen werden.